



EINLADUNG ZUR GEWALT. DEUTSCHLAND IM RASSISTISCHEN RAUSCH

Deutschland brauche eine „radikale Wende in der Asylpolitik“ schallt es ohne Unterlass aus Union, Bundesregierung und AfD; geflissentlich ignorierend, dass Deutschlands Flüchtlingspolitik menschenrechtlich längst in der Kritik steht. Die aktuelle deutsche Debatte um Abschiebungen und Asyl ist inzwischen nur noch getrieben von der populistischen Motivation, „irreguläre“ Migration nach Europa bzw. nach Deutschland zu stoppen. Abgelehnte Asylbewerber*innen sollen zudem möglichst schnell aus Deutschland verschwinden. Die vielzitierte „Brandmauer nach rechts“ wird von den etablierten Parteien der Mitte in Hochgeschwindigkeit eingerissen. Tagespresse und Talkshows tragen dabei als Verstärker der Politik zur fortschreitenden Normalisierung des rechten Diskurses bei. In einem kollektiven

rassistischen Rausch unterbieten sich Politiker*innen aller Couleur mit möglichst hemmungslosen Vorschlägen. Dabei spielen Fachkompetenz im

*Doch etwas sehr
Grundlegendes wird
bei der gesamten
Debatte ignoriert:
Der Mensch.*

Thema Migration und rechtliche Grundkenntnisse augenscheinlich keine Rolle, da viele der Vorstöße bereits im Vorfeld entweder als ineffektiv oder als schlicht verfassungswidrig eingestuft werden. Die unaufhörlichen

politischen Schnellschüsse dienen daher offenbar vor allem dazu, Tatendrang zu simulieren – dabei ist unerheblich, dass dies auf dem Rücken von Geflüchteten geschieht.

Von der populistischen Idee bis zum Gesetzentwurf ist es nicht weit und kaum sind die einen Maßnahmen in Gesetzestext gefasst, werden schon die nächsten Pakete geschnürt. So wurde auf dem Bund-Länder-Gipfel am 7. November kurzerhand eine Chipkarte für Asylbewerber*innen beschlossen – dieses Mittel entwürdigender Entrechtung war erst im August von FDP, Union und Freien Wählern aufgebracht worden. Asylbewerber*innen sollen demnach in Zukunft kein Bargeld mehr erhalten, sondern dürfen nur aus einem von Behörden eng begrenzten Sortiment an Lebensmitteln und anderen

Produkten des täglichen Lebens auswählen. Erst zehn Jahre zuvor hatte man das Chipkarten- und Gutscheinsystem abgeschafft.

Auch sollen für Asylbewerber*innen statt 18 Monate nun drei Jahre lang abgesenkte Leistungen unterhalb des Existenzminimums gelten. Hier heißt das von der Politik klar formulierte Ziel ebenfalls Abschreckung, um Deutschland als Zielland „unattraktiv“ zu machen. Zudem sollen Asylverfahren beschleunigt werden und noch mehr Staaten als „sichere Herkunftsländer“

nationale Verträge. Der populistische Irrsinn geht indes bereits so weit, ernsthaft etwa die völlige Abschaffung des Rechts auf Asyl vorzuschlagen.

Doch etwas sehr Grundlegendes wird bei der gesamten Debatte ignoriert: Der Mensch. Die Suche nach einem Lebensort in Sicherheit wohnt dem Menschen inne, wie schon historische Migrationsbewegungen zeigen. Für Menschen aus Regionen des Globalen Südens gibt es heute kaum mehr legale Zugangswege nach Europa. Ein in den 1990er Jahren errichtetes Visa-

system schaffen. Die zunehmend verrohete Sprache und die staatlich offensiv vorangetriebene Entwürdigung von Menschen auf der Flucht spricht der deutschen Gesellschaft zudem eine offene Einladung zur Gewalt aus. Dabei hat die Zahl der politisch motivierten Anschläge, Sachbeschädigungen und tätlichen Angriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte seit Anfang 2022 bereits kontinuierlich zugenommen. Bis Ende September 2023 wurden bundesweit allein 1.515 Angriffe auf Geflüchtete, Asylbewerber*innen und ihre Unterkünfte registriert.

*Die brutalen Verschärfungen bleiben damit aber nicht folgenlos.
Die beschlossenen Maßnahmen werden für Geflüchtete in Deutschland vordringlich die Zunahme von gesellschaftlichem Ausschluss, von Armut und Leid bedeuten.*

deklariert und somit mehr Abschiebungen dorthin ermöglicht werden. Das Abschiebegewährsam wird von zehn auf 28 Tage ausgeweitet und schon die Einreise nach Europa soll mit weiterer Aufrüstung und Vorverlagerung der EU-Außengrenzen verhindert werden; gegen Geld und Visafreiheit sollen verschiedene afrikanische Länder dabei behilflich sein.

Die jüngste Idee ist, Asylbewerber*innen vor Antragstellung in Deutschland zunächst in die ehemalige deutsche Kolonie Ruanda zu schaffen. Dieser

*Migrationspolitisch
bräuchte Deutschland
in der Tat schon längst
eine radikale Wende.*

Vorschlag kam unerwartet von Hendrik Wüst, dem Ministerpräsidenten von NRW, der sich als ausgewiesener Nicht-Fachmann nun ebenfalls zu Wort meldet.

Mit zunehmender Fassungslosigkeit müssen wir verfolgen, wie es überall nur noch darum zu gehen scheint, auf welche Weise Asylsuchende noch weiter entrechtet und entwürdigt werden können. Hinderlich sind dabei bislang das Grundgesetz, das humanitäre Völkerrecht und weitere inter-

regime und ein bis zur Unkenntlichkeit verstümmeltes Asylrecht schließen all diejenigen aus, die sich aufgrund verschlechterter Lebensbedingungen auf den Weg machen. Klimawandel, Konflikte, soziale und ökonomische Unsicherheit und Vertreibung sind häufige Fluchtgründe, für deren Ursachen die Länder des Globalen Nordens häufig mitverantwortlich sind. Die wenigsten davon bilden einen Anerkennungsgrund für Asyl. Die Menschen als „Wirtschaftsflüchtlinge“ abzuqualifizieren ist selbstgefällige Ignoranz.

Die Erfahrung zeigt, dass Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben sich ihr Zielland nicht nach der Höhe der Sozialleistungen suchen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge selbst kommt gar in einer eigenen Studie zu dem Schluss, dass der wichtigste Faktor dafür soziale Kontakte und Beziehungen in Form von Netzwerken und Diaspora bilden. Demzufolge werden die wenigsten populistischen Vorstöße zur gewünschten Reduzierung von Flüchtenden nach Deutschland beitragen, zumal der fortschreitende Klimawandel immer mehr Menschen zu Flucht und Migration zwingen wird.

Die brutalen Verschärfungen bleiben damit aber nicht folgenlos. Die beschlossenen Maßnahmen werden für Geflüchtete in Deutschland vordringlich die Zunahme von gesellschaftlichem Ausschluss, von Armut und Leid bedeuten und mehr Tote und Traumatisierte auf den Fluchtrouten und im Lager-

Migrationspolitisch bräuchte Deutschland in der Tat schon längst eine radikale Wende. Die Aufnahme von mehr als einer Million Geflüchteten mit ukrainischer Staatsangehörigkeit hat gezeigt, dass es nur den nötigen politischen Willen braucht, um Menschen in Deutschland aufzunehmen. Es braucht jetzt die Abschaffung des Asylbewerberleistungs-Systems, der Arbeitsverbote und Wohnsitzauflagen und die Eingliederung aller Geflüchteten und Asylbewerber*innen in das reguläre Sozialhilfesystem. Und es braucht dringend eine Vollbremsung der Eskalationsspirale der Entrechtung und Enthemmung. Sich dafür einzusetzen und zu sagen „Nicht in meinem Namen“ ist unser aller Pflicht und dafür zählen wir auch auf Euch!

■ Die Redaktion



INTERVIEW MIT DEM SOLIDARITÄTS- KREIS HERFORD

DIE POLIZEI



Demonstration in Solidarität mit Bilel in Herford am 7.10.2023 © Kinkalitzken

Ihr habt euch diesen Sommer nach einem Vorfall in Bad Salzflufen gegründet, bei dem die Polizei insgesamt 34-Mal auf einen jungen Mann namens Bilel und das Auto in dem er saß, geschossen hatte. Was war genau passiert?

Am 3. Juni floh Bilel vor einer Polizeikontrolle in eine Sackgasse, wo sechs Polizist*innen 34 Mal auf ihn schossen. Er überlebte nur knapp und wird wahrscheinlich querschnittsgelähmt bleiben. Die Schütz*innen berufen sich auf Notwehr, weigern sich jedoch auszusagen. Laut einem Augenzeugen hatte Bilel keine Fluchtmöglichkeit und es sei keine akute Gefahr von ihm ausgegangen.

Trotz Bilels schweren Verletzungen durch sechs Kugeln legten die Polizist*innen ihm zunächst Handschellen an, bevor sie den Notarzt riefen. Gegen Bilel wird wegen versuchten Mordes in zwei Fällen ermittelt, gegen die Polizei wegen versuchter Körperverletzung.

Warum war es wichtig für Euch, den Solidaritätskreis zu gründen? Was ist Eure Arbeit?

Wir sehen hier klare Anzeichen für brutale Polizeigewalt, für uns gibt es keine Rechtfertigung für die 34 Schüsse auf Bilel. Wir bezweifeln auch die Version der Polizei, in Notwehr gehandelt zu haben. Unser Ziel ist es, die Familie und Freund*innen von Bilel zu unterstützen, Aufmerksamkeit auf diesen Fall zu lenken und Spenden für die Familie zu sammeln. Wir fordern Aufklärung, Konsequenzen und Gerechtigkeit und wollen, dass die Ermittlungen gegen Bilel wegen versuchten Mordes eingestellt und die Polizist*innen, die geschossen haben, zur Verantwortung gezogen werden.

Ihr habt bisher zwei Demonstrationen in Solidarität mit Bilel organisiert. Weil die erste Demonstration stark polizeilich kriminalisiert wurde, habt ihr um breite Unterstützung für die zweite Demonstration geworben. Wie blickt ihr nun auf die beiden Demonstrationen zurück?

Die Demonstrationen waren bewegend. Viele Menschen aus Herford, aber auch aus anderen Städten, aus unterschiedlichen sozialen Schichten und Generationen kamen zusammen, um ihre Trauer und Wut über die Schüsse auf Bilel zu zeigen. Beide Demonstrationen wurden jedoch von einem enormen Polizeiaufgebot begleitet. Wir sind wütend über diese Eskalationsstrategie der Polizei, die auch dazu führte, dass wir die erste Demo vorzeitig beenden mussten. Noch Stunden später wurden insbesondere Jugendliche festgehalten, die sich nun mit diversen Anzeigen wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz konfrontiert sehen. Erst bei der zweiten Demo gelang es uns, diese bis zum Ende durchzuführen und somit unsere Forderungen in der Stadt hör- und sichtbar zu machen. Dass sich die Zahl der Teilnehmer*innen bei der zweiten Demonstration mehr als verdoppelt hat, werten wir als Erfolg.

Ihr habt auch eine Veranstaltung organisiert, in der sehr dezidiert auf die Rolle der Lokalmedien eingegangen wurde. Könnt ihr mehr dazu berichten?

Auf der Veranstaltung wurde die Rolle und Verantwortung der lokalen Medien diskutiert. Statt Informationen professionell aufzubereiten und eine öffentliche Debatte über Polizeigewalt anzustoßen, war in den lokalen Medien häufig eine Berichterstattung zu beobachten, die Polizeimeldungen un-

reflektiert übernahm, unbestätigte Vermutungen als Tatsachen darstellte und zum Teil mit rassistischen Bildern bediente. Im Vorfeld der ersten Demonstration wurde ein übertriebenes Bedrohungsszenario gezeichnet und Menschen, insbesondere migrantische Jugendliche, die zu Recht wütend sind und Aufklärung fordern, wurden pauschal als gewalttätig und kriminell dargestellt, anstatt auch ihre Perspektiven und Sorgen ernst zu nehmen. All dies lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit von der Aufklärung des Falles und dem Anliegen des Protestes ab. Auch der strukturelle Aspekt der Polizeigewalt wurde in der lokalen Presse nicht thematisiert. Die Kritik an der Polizei wurde delegitimiert und letztlich die Bedeutung des Lebens eines Jugendlichen relativiert.

Wie blickt ihr in die Zukunft? Was steht für euch an?

Für uns sind viele Fragen offen. Wird Anklage gegen die schießenden Polizist*innen erhoben? Wird Anklage gegen Bilel erhoben? Was wird aus den Ermittlungen gegen Bilels Mutter wegen angeblicher Duldung des Fahrens ohne Führerschein? Was wird aus den Ermittlungen zu den angeblichen Verstößen gegen das VersG?

Es gibt viele Menschen in diesem Land, die lieber möchten, dass wir schweigen und nicht unsere Stimme erheben. Doch das werden wir nicht tun.

■ Das Interview führte Michèle Winkler

Weitere Informationen unter: bilel-soli.org

Am 28.9.2023 fand in Köln eine Informationsveranstaltung mit einer Referentin des Solikreises Herford statt. Die [Aufzeichnung](#) kann bei Radio Nordpol nachgehört werden.

DER LOGIK DER GEWALT EINE VISION DER MENSCHENRECHTE ENTGEGENSETZEN

Am 7. Oktober 2023 begann eine neue Zeitrechnung. Ein von der Hamas begangenes grausames Massaker an der Zivilbevölkerung Israels in den Ortschaften nahe Gaza setzte einen Krieg in Gang, dessen Ende mehrere Wochen später noch nicht absehbar ist – ganz zu schweigen von den langfristigen Auswirkungen in der Region und weltweit. Unfassbar viele Menschen wurden am 7. Oktober und seither in Israel und Palästina getötet, momentan werden es vor allem in Gaza täglich viele hundert mehr. Ihnen allen gilt unsere Trauer, ihren Liebsten unser Mitgefühl.

Seither stehen wir mit unseren Partner*innen in stetigem Kontakt. Leider erreichte uns vor rund drei Wochen die traurige Nachricht, dass ein Teilnehmer des Dialogseminars des Jahres 2019 in seinem Dorf im Westjordanland von Siedlern erschossen wurde. Er war einer von vielen jungen Menschen in Israel und Palästina, die gegenseitigen Hass, Entmenschlichung und sich wiederholende Gewalt durchbrechen wollen. Etwas später erfuhren wir, dass auch mehrere israelische Teilnehmende Verwandte und Freund*innen verloren haben oder Menschen kennen, die von

wenn es aufgrund politischer Rahmenseetzungen bestimmten Bevölkerungsgruppen oder Meinungskorridoren vor-enthalten wird.

Zudem ist eine drastische Verschiebung medialer und politischer Dynamiken in Deutschland nach rechts zu beobachten. Wir wehren uns gegen eine Instrumentalisierung des Massakers der Hamas und des gegenwärtigen Krieges für deutsche innenpolitische Ziele – sie ist deplatziert und pietätlos angesichts der Vielzahl an Toten, Verletzten und Traumatisierten und absehbar dramatischen Folgen auf Jahrzehnte hinaus.

Aus unserer radikal-demokratisch orientierten Perspektive braucht es stattdessen ein Festhalten an einer Vision der Menschenrechte und des Friedens, auch und gerade in dieser so ausweglos erscheinenden Lage. Wir unterstützen daher weiterhin aktiv und solidarisch zivilgesellschaftliche israelisch-palästinensische Initiativen, die ganz praktisch gemeinsam als Partner*innen für Sicherheit, Gerechtigkeit und Frieden für alle Menschen in Israel und Palästina streiten und weiterhin an diesen Prinzipien festhalten. Wir halten eine Intervention auch im deutschen Diskurs für unabdingbar, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die deutsche Bundesregierung die offensichtlich bedingungslose Unterstützung des militärischen Vorgehens der israelischen Regierung und des israelischen Militärs beabsichtigt. Je länger dieser Krieg dauert, umso ferner rückt das Ziel, je ein Leben in Würde und Sicherheit für alle Menschen in der Region dauerhaft zu gewährleisten. Wir sehen daher eine absolute Dringlichkeit, den Kanon der Stimmen zu verstärken, die für ein Ende des Krieges eintreten, den militärischen Logiken den Boden entziehen wollen und stattdessen darauf dringen, an politischen Lösungen zu arbeiten, die Sicherheit und gleiche Rechte für alle Menschen in der Region ermöglichen können. Es braucht eine Pluralität der Stimmen und es braucht auch politischen Streit, um der Logik von Gewalt und Gegengewalt eine Vision der Menschenrechte, der Menschenwürde, des Friedens entgegenzusetzen. Es gibt diese Stimmen auch heute weiterhin vor Ort, diese müssen unterstützt und verstärkt werden.

■ Grundrechtskomitee



© Grundrechtskomitee

Erste Demonstration der neu gegründeten Gruppe „Palestinians and Jews for Peace“ am 22.10.2023 in Köln

Als Menschenrechts- und Demokratieverein, mit Wurzeln u.a. in den Antikriegsbewegungen der 80er-Jahre, der sich seit jeher für ein sicheres Leben in Würde für alle einsetzt, sind wir tief betroffen von den Ereignissen der letzten Wochen. Seit 2002 organisieren wir im Rahmen unseres Projekts Wi.e.ersprechen (vormals Ferien vom Krieg) Dialogbegegnungen für junge Erwachsene aus Israel und Palästina. Die inhaltliche Ausgestaltung der Begegnungen wird bestimmt von unseren Partnerorganisationen, die sowohl in Palästina als auch in Israel aktiv sind. Vor nicht einmal drei Monaten ging das diesjährige Dialogseminar für Frauen* zu Ende. Damals ahnten wir nicht, dass die politische Situation in der Region solch eine brutale Zäsur erfahren würde.

der Hamas entführt wurden. Uns bleibt im Moment leider nicht viel mehr, als mit unseren Partner*innen in Kontakt zu bleiben, uns solidarisch an ihre Seite zu stellen und nachzuhören, inwiefern wir von hier aus unterstützen können.

Wir sehen uns auch in der Pflicht, die eklatanten Grundrechtsverletzungen der letzten Wochen in Deutschland zu thematisieren, sowie die Instrumentalisierung des Krieges für eine politische Agenda, die die Grund- und Menschenrechte in Deutschland weiter auszuhöheln droht. So wirken etwa die umfangreichen Einschränkungen der Versammlungsfreiheit in vielen deutschen Großstädten einem demokratischen Diskurs entgegen und schränken die Freiheitsrechte empfindlich ein. Ein Freiheitsrecht verliert seinen Gehalt,

Dies ist eine gekürzte Version.
Unser ausführliches Statement
ist auf der [Webseite](#) nachzulesen.

KONTROLLE UM JEDEN PREIS

Demonstrationsbeobachtung

während der Proteste anlässlich
der Internationalen Automobilmesse
(IAA) in München 2023



Seit der Verschärfung der Polizei- und Versammlungsgesetze in nahezu allen Bundesländern erleben wir unter anderem eine steigende Repression gegen Klimaaktivist*innen. Allein in diesem Jahr wurden mehrere Besetzungen und Blockaden brutal durch die Polizei geräumt; ihnen wird das Recht auf Versammlung beschnitten, sie werden in Präventivgewahrsam genommen und teilweise zu Haftstrafen verurteilt und – wie im Falle der Letzten Generation – in Bayern sogar mittels des Paragraphen 129 StGB unter dem Verdacht auf Gründung einer kriminellen Vereinigung verfolgt. In der von Amnesty International vorgelegten „Protest Map“, die die staatliche Unterdrückung von Protesten weltweit dokumentiert, ist Deutschland in diesem Jahr erstmalig aufgeführt.

In dieser Gemengelage haben wir während der Proteste anlässlich der Internationalen Automobilmesse (IAA) in München eine Demonstrationsbeobachtung durchgeführt. Zu den Gegenprotesten hatten zahlreiche Bündnisse der Klimagerechtigkeitsbewegung aufgerufen, die das Thema Mobilitätswende bearbeiten. Wir waren mit insgesamt acht Beobachter*innen vom 4. bis zum 10. September vor Ort und haben mehr als zehn Versammlungen begleitet. Die Bayerische Hauptstadt präsentierte sich stolz als Autostadt und steht symbolhaft für ein Festhalten am Status Quo des Individualverkehrs – ob mit fossilen oder erneuerbaren Antrieben.

In unserem ausführlichen Bericht kommen wir zu dem Schluss, dass die Münchener Polizei und das Bayerische Innenministerium die Versammlungsfreiheit beschnitten haben, in dem sie versuchten, absolute Kontrolle über die Proteste zu erlangen. Einzelpersonen und Kleingruppen wurden in unmittelbarer Nähe zum angemeldeten Protestcamp sowie den öffentlich zugänglichen IAA-Ausstellungsflächen („Open Spaces“) in der Innenstadt stets mit Personen- und Taschenkontrollen konfrontiert. Auch Journalist*innen, parlamentarische Beobachter*innen und einige unserer Beobachter*innen wurden teils mehrfach aufgehalten und kontrolliert.

Daneben mussten wir auch das äußerst umfangreiche Erstellen von Foto- und Videomaterial beobachten – sowohl bei angemeldeten als auch unangemeldeten Versammlungen. Die omnipräsente polizeiliche Kameras auf Demonstrationen wirkt massiv abschreckend und damit versammlungseinschränkend – ganz gleich, ob die Kameras aktiviert sind oder nicht.

Physische Polizeigewalt wurde insbesondere in einer Situation, bei dem gewaltvollen Aufhalten einer unangemeldeten Versammlung eingesetzt: Der Einsatz von Schlagstöcken und Tränengas führte dazu, dass ein Protestierender im Anschluss über Stunden am Ohr operiert werden musste.

Soziale Bewegungen sind an massive Polizeiaufgebote, an Einschüchterung und Einhegung, auch an die Einschränkung der Versammlungsfreiheit und Polizeigewalt während politischer Proteste gewöhnt. Polizeigroßaufgebote und die starke Beschneidung des Versammlungsrechts sind anlässlich von politischen Großereignissen wie etwa Gipfelprotesten sowie bei Protesten gegen Atomtransporte oder gegen die Zerstörung von Dörfern oder Wäldern bekannt. In München erfolgte die Polizeiintervention durch das bayerische Innenministerium und die Münchener Polizei im Zusammenhang mit einer privatwirtschaftlichen Informations- und Verkaufsveranstaltung, welche mittels 4.500 Polizist*innen und unter Einsatz verschiedenster Gewaltformen geschützt wurde.

Eine möglichst umfassende Kontrolle über ein Protestgeschehen kann nur auf Kosten des Rechts auf Versammlungsfreiheit und anderer Grund- und Freiheitsrechte umgesetzt werden. In München konnten wir trotz der 4.500 eingesetzten Polizist*innen sehen, wie soziale Bewegungen dennoch in der Lage sind, ihren Protest auf die Straße zu bringen – auch in ungehorsamer Form, etwa durch Blockaden oder Kletteraktionen. Als Zivilgesellschaft sollten wir uns der Gefahr klar werden, die von einer immer weitergehenden Entgrenzung polizeilicher Befugnisse ausgeht – zugunsten privater Unternehmen und einer rückwärtsgewandten Mobilitäts- und Klimapolitik.

■ Tina Keller

Wir bedanken uns bei unserem ehrenamtlichen Beobachter*innen-Team für ihr ausdauerndes Engagement und ihren außergewöhnlichen Einsatz für das Recht auf Versammlungsfreiheit.

Der ausführliche Bericht zur Demonstrationsbeobachtung, den wir „Kontrolle um jeden Preis“ genannt haben, kann [auf unserer Webseite](#) abgerufen werden.

Artikel und Kommentare

Folgende Online-Beiträge finden Sie online: www.grundrechtekomitee.de

- **Geplantes, neues Abschiebegesetz schränkt Grundrechte von Betroffenen weiter massiv ein**
Gemeinsame Presseerklärung, 7.11.2023
- **Die Menschenwürde gilt für alle – auch für Geflüchtete! Gegen sozialrechtliche Verschärfungen und für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes**
Gemeinsamer Appell, 21.10.2023
- **Staatliche Umklammerung: Sachsen plant sein neues Versammlungsgesetz ganz im Sinne der Polizei**
Stellungnahme zum Kabinettsentwurf, 6.10.2023
- **Ankünfte in Lampedusa – Solidarität und Widerstand angesichts der europäischen Aufnahme Krise!**
Solidaritätserklärung, 18.9.2023
- **Kontrolle um jeden Preis. Während der IAA nahmen Innenministerium und Polizei die Beschneidung des Versammlungsrechts in Kauf**
Pressemitteilung, 12.9.2023
- **Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigernde aus Russland, Belarus und der Ukraine**
Aufruf zur Aktionswoche, 7.9.2023
- **40 Jahre Demobeobachtung: Bestandsaufnahme einer radikal-demokratischen Praxis**
Beitrag in der CILIP 132, 25.8.2023
- **Rassismus aus Gesetzen streichen!**
Offener Brief an die Landesregierung von MV anlässlich 30 Jahre sog. „Asylkompromiss“, 22.8.2023

GEDENKKUNDGEBUNG IN KÖLN: TOD IN HAFT

Am 18. Oktober gedachten wir in Köln mit einer Kundgebung der Toten in Haft. Wir schlossen uns damit der jährlichen Gedenkveranstaltung in Berlin an, die das Knastschadenkollektiv seit 9 Jahren abhält. Erst einen Tag zuvor war der Selbstmord eines 51-Jährigen in der JVA Bielefeld-Brackwede bekannt geworden.

Todesfälle in Haft sind allerdings nicht selten, sondern leider trauriger Alltag. Zwischen 1998 und 2017 starben mehr als 3.000 Menschen in deutschen Gefängnissen. Bei knapp der Hälfte der Fälle heißt die Todesursache offiziell Suizid, und besonders gefährdet sind Menschen zu Beginn ihrer Haft und in Untersuchungshaft. Nicht in der Statistik enthalten sind die selbstgewählten Tode, die nach der Entlassung in die Freiheit geschehen. In den vergangenen Jahren hat die Zahl der Menschen in Haft, die sich das Leben genommen haben, zugenommen: Wurden 2019 noch 42 Suizide in Gefängnissen in Deutschland gezählt, waren es 2021 mit 92 mehr als doppelt so viele. Auch die Zahl der gesamten Todesfälle stieg von 144 auf 182.

Haft umfasst alle Formen des Wegsperrens und Freiheitsentzugs: Nicht nur das Gefängnis und die Untersuchungshaft, den sogenannten „Maßregelvollzug“ und die Sicherheitsverwahrung, sondern auch Abschiebehaft sowie den Polizeigewahrsam. Zwei Tage vor unserer Kundgebung, am 16. Oktober, stürzte sich ein Mann aus dem Fenster des 5. Stockes in Hainichen bei Chemnitz und starb bei dem Versuch, der Polizei zu entkommen. Sie wollte ihn holen, um ihn abzuschicken. Zwischen 1993 bis 2022 töteten sich allein in Deutschland 443 Personen angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, der Abschiebung zu entkommen, 88 Menschen davon befanden sich in Abschiebehaft.

Weitere 5.520 Menschen verletzten sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest dagegen (etwa durch Hunger- und Durststreiks) oder versuchten, sich umzubringen, davon befanden sich knapp eintausend Menschen in Abschiebehaft.

Das Gefängnis und alle Arten von Freiheitsentzug sind menschen- und lebensfeindliche Institutionen, die deren Insassen schwere und schwerste seelische und körperliche Schäden zu-

fügen. Unter den Briefen von Strafgefangenen, die uns als Grundrechtekomitee in den letzten Jahrzehnten aus Gefängnissen erreichten, finden sich zahlreiche Berichte über Menschen in akuter Verzweiflung – aufgrund der Beschränkung oder Unterbindung jeglicher Kommunikation nach außen, in deren Folge Freundschaften und Beziehungen zerbrechen und die Menschen isoliert in Haft zurück lässt, – aufgrund der Angst vor oder der Betroffenheit von physischer oder psychischer Gewalt durch Mitgefangene oder Bedienstete, – aufgrund einer drohenden Abschiebung aus dem Strafvollzug, teils in vermeintliche „Herkunftsländer“, in denen die Betroffenen nie oder falls, dann vor vielen Jahren gelebt haben – und oft auch aufgrund der unzureichenden Gesundheitsversorgung, nicht behandelte chronischer Schmerzen oder des Zwangs ungewollte Medikamente nehmen zu müssen.

Gefangene können allerdings kaum offen über schwere Gedanken bis hin zur Selbsttötung sprechen, denn dann kämen „besondere Sicherungsmaßnahmen“ zur Anwendung: Statt wirklicher Hilfsangebote droht Einzelhaft, ein 23-stündiger Sicherheitseinschluss in einem gesondert gesicherten, kargen Haftraum, dem „Bunker“, meist mit Kameraüberwachung und teilweise mit körperlicher Fixierung. Während die Einzelhaft als Sanktionsmaßnahme auf vier Wochen zeitlich beschränkt ist, kann diese sogenannte „besondere Sicherungsmaßnahme“ unbefristet eingesetzt werden – so lange, bis Anstaltspsycholog*innen oder Ärzte zum Schluss kommen, dass keine Selbstverletzungs- oder Selbsttötungsabsicht mehr besteht. In Extremfällen können sich besondere Sicherungsmaßnahmen über Jahre oder Jahrzehnte erstrecken. Es gibt keine freie Ärzt*innen- oder Therapeut*innenwahl, diese Berufsgruppen unterliegen zudem nicht der Schweigepflicht.

Haft als solche schädigt, und kann, wie hier beschrieben, tödliche Folgen haben. Denn hinter Gittern gibt es kein menschenwürdiges Leben und auch kein menschenwürdiges Sterben. Wir treten ein für die Abschaffung des Knastsystems und für die Überwindung unserer Gefängnisgesellschaft in all ihren Ausprägungen.

■ Britta Rabe



Die letzte ordentliche Mitgliederversammlung des Komitees für Grundrechte und Demokratie fand am 29. Oktober 2023 im Bürgerzentrum Alte Feuerwache in Köln in gemütlicher Runde statt. Der bisherige Vorstand wurde entlastet und ein neuer Vorstand wurde gewählt. Fabian Georgi, bis dato einer der Geschäftsführenden Vorstände, stellte sich nicht erneut zur Wahl. Stattdessen wird er uns als dritter politischer Referent ab

2024 in der Geschäftsstelle verstärken. Thomas Jennissen wurde erneut zum Geschäftsführenden Vorstand gewählt, ebenso Yvonne Franke, die das Gremium des Geschäftsführenden Vorstands komplettiert. Wir gratulieren und danken Tom und Yvonne herzlich dafür. Die drei Revisoren Günter Pabst, Martin Singe und Friedhelm Schneiders wachen auch die kommenden Jahre über eine ordnungsgemäße Vereinsbuchführung. Auch ihnen gilt unser Dank!

Wir verabschieden uns mit großer Dankbarkeit und in enger Verbundenheit von Brigitte Klaß, Sebastian Bähr, Hannah Espin Grau, Lisa Riedner und Laura Kotzur, die nicht nochmalig für das Vorstandsamt kandidierten. Erneut als Vorstände gewählt wurden Guillermo Ruiz und Laura Wissler. Wir freuen uns besonders sieben neue Vorstandsmitglieder zu begrüßen, diese stellen sich im Folgenden vor:

WIR BEGRÜSSEN UNSEREN NEUEN VORSTAND UND FREUEN UNS AUF EINE GUTE ZUSAMMENARBEIT

LAILA ABDUL-RAHMAN

Ich bin Kriminologin und lebe in Hamburg. Momentan arbeite ich an der Goethe-Universität Frankfurt a.M. zu übermäßiger Gewalt durch die Polizei (Projekt ‚KviAPol‘) und promoviere zur (II-)Legitimitätswahrnehmung betroffener Personen in eskalativen Polizeikontakten. Über das Projekt kam ich auch in Kontakt mit dem Grundrechtekomitee. Ich habe außerdem einen Beitrag zum Sammelband „Mythos Clankriminalität“, den das Grundrechtekomitee aktuell mit herausgegeben hat, verfasst. Rassismuskritik und abolitionistische Transformationsprozesse sind für mich Themenfelder, die ich sowohl politisch als auch wissenschaftlich voranbringen möchte. Durch meine Mitarbeit hoffe ich, dass wir gemeinsam zunehmenden autoritären, repressiven Reflexen und gesellschaftlichen Ausschlüssen etwas entgegensetzen können, in dem wir solidarische Lösungen denk- und spürbar machen.

LISA ADAM

Ich habe dieses Jahr eine Ausbildung zur Physiotherapeutin begonnen. Aktuell lebe ich in Marburg, wo ich mein Masterstudium in Politikwissenschaft abgeschlossen habe. Als politische Person begreife ich mich seit meinem Bachelorstudium in Jena – dort setzte ich mich zum ersten Mal bewusst mit feministischen Themen auseinander.

Mit meinem Umzug nach Marburg ging auch ein neues Kapitel meines politischen Werdegangs einher: Über verschiedene Organisationen und Politgruppen interessierte ich mich mehr für ein breites Spektrum an Kritischer Theorie, Antifaschismus und materialistische Ansätze der Staats- und Herrschaftskritik. Für meine Masterarbeit zum Thema Menschenrechte stützte ich mich auf Thesen Wolf-Dieter Narrs, was mich schlussendlich zum Grundrechtekomitee brachte.

LARS BRETTHAUER

Ich lebe in Berlin und promoviere zu staatlicher Überwachung und neuen Formen des digitalen Autoritarismus in Deutschland. Zusätzlich betreibe ich einen Blog zur Frage linker Systemtransformation. Bisher war ich aktiv bei den kritischen Wissenschafts- und Bildungsnetzwerken reflect! – Assoziation für politische Bildung und Gesellschaftsforschung (Berlin) und dem bundesweiten Netzwerk Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung. Ich habe meine Promotion bei Wolf-Dieter Narr in Berlin begonnen und freue mich dementsprechend, das von ihm mitgegründete Grundrechtekomitee mit weiterzuführen.

AXEL GEHRING

Ich habe mich mit der Transformation von Staatlichkeit in der Türkei im Rahmen meiner Dissertation befasst,

konkret mit der Internationalisierung von Ökonomie, Staat und der liberalen Begründung von Autoritarismus. Die Gewaltverhältnisse internationaler und regionaler Ordnungen sowie Fragen der Militarisierung bilden seit einigen Jahren einen Schwerpunkt meiner Arbeit. Gerne würde ich mich anderen Themen befassen, aber die politischen Verhältnisse lassen keine Wahl, weil sich demokratische und würdige Verhältnisse nirgendwo von selbst einstellen und bedroht sind, sobald wir nicht für sie kämpfen. Heute arbeite ich in beratender Funktion für Fragen der Außenpolitik und der EU in der Bundesgeschäftsstelle der Partei die Linke.

ANDREAS GUTMANN

Ich bin vor Kurzem von Berlin nach Kassel gezogen und arbeite hier als Rechtswissenschaftler an der Uni. Ein Schwerpunkt meiner Arbeit sind ökologische Fragen, so habe ich etwa zu Rechten der Natur in Ecuador promoviert. Außerdem arbeite ich viel zum Versammlungsrecht. Aus einer kritischen Perspektive heraus versuche ich, das Recht sowohl in seiner Rolle als Herrschaftsinstrument, als auch als emanzipatorisches Werkzeug zu fassen. Die Arbeit des Grundrechtekomitees habe ich bislang interessiert beobachtet und auch schon mal etwas für den Grundrechte-Report geschrieben. Ich freue mich sehr, als Teil des Vorstands diese Arbeit

in Zukunft aktiv mitzugestalten und danke allen Vorstandskolleg*innen und Mitgliedern für die Wahl und die herzliche Aufnahme.

AARON REUDENBACH

Ich bin vor kurzem aus München nach Berlin gezogen und befinde mich derzeit in den letzten Zügen meines Masterstudiums der Kriminologie. In der Vergangenheit habe ich mich insbesondere viel mit dem Thema Polizei und Protest auseinandergesetzt, dazu (wissenschaftliche) Texte geschrieben und häufig Protestereignisse selbst beobachtet. Aktuell führe ich im Rahmen meiner Abschlussarbeit eine

kritische Ethnographie zum Thema *Protest Policing and harm* durch, mit einem Fokus auf Auswirkungen polizeilichen Handelns auf Klimaprotest im Kontext von Protestereignissen. In diesem und anderen Projekten durfte ich bereits intensiv mit dem Grundrechtekomitee zusammenarbeiten und freue mich als Teil des Vorstands in Zukunft aktiv an der Ausgestaltung der Arbeit des Komitees beteiligt sein zu können.

CLAUDIA THEILIG

Im Anschluss an mein Jurastudium absolvierte ich in Berlin mein Referendariat mit einem Schwerpunkt auf

Polizeirecht, Strafrecht und Migrationsrecht. Zwei Jahre arbeitete ich als Rechtsberaterin für Asyl- und Aufenthaltsrecht. Derzeit bin ich als Referentin für Rechtspolitik bei dem Dachverband der psychosozialen Zentren für Geflüchtete und Folterüberlebende (BAfF e.V.) tätig. Da ich mich für die Überschneidung der Bereiche Migration und Gefahrenabwehrrecht interessiere, studiere ich parallel dazu Kriminologie an der Universität Hamburg. Ich freue mich sehr auf den Austausch zu diesem und weiteren Themen im Rahmen der Zusammenarbeit im Grundrechtekomitee.

VOLLES HAUS GEGEN DEN GENERALVERDACHT



Blick auf Publikum und Bühne im Grünen Salon © Levi Sauer

Am 19. Oktober feierten wir mit unseren Projektpartner*innen und Autor*innen die Premiere des Buches „Generalverdacht. Wie mit dem Mythos Clankriminalität Politik gemacht wird“ im Grünen Salon der Volksbühne in Berlin. Das Interesse war zu unserer Freude riesig: so konnten wir rund 130 Gästen vor vollem Haus den Sammelband präsentieren. Die Premiere stand gleichzeitig unter dem Eindruck des Terroranschlags vom 7.10. in Südisrael und der Bombardierung Gazas; und so gestalteten wir den Abend mit Bedacht und starteten mit Worten des Gedenkens, bevor wir das Buch präsentierten und in einem Podiumsgespräch ins Detail gingen. Der Abend wurde so zu einem Moment des Innehaltens und solidarischen Zusammenkommens in einer erschreckenden Zeit.

Wir dokumentieren einen Teil der Auftaktrede zur Vorstellung des Sammelbands:

Was wollen wir mit diesem Buch bewirken? Wir wollen in die rassistische Debatte intervenieren und wir wollen, dass

*sich etwas ändert! Wir wollen, dass niemand mehr das Wort Clankriminalität in den Mund nehmen kann, ohne genau zu wissen, dass das lupenreiner Rassismus ist. Wir wollen, dass die Polizei ihre Namenslisten und die namens- und herkunftsbasierten Sondererfassungen löscht. Wir wollen, dass der polizeiliche Besatzungszustand ganzer Stadtteile endet. Wir wollen, dass Menschen in Ruhe ihre Cafés, Shisha-bars und Bäckereien betreiben können, ohne dass die Polizei in regelmäßigen Abständen ihre Gäste schikaniert und ihnen das Geschäft kaputt macht. Wir wollen, dass die Polizei aufhört, teilweise für Ermittlungen in Bagatelverfahren, Wohnungstüren aufzusprengen und Waffen auf Menschen in ihren Wohnungen zu richten. Wir wollen, dass Menschen mit ihren Freund*innen eine Shisha rauchen können, ohne Angst zu haben von einem Terroristen umgebracht zu werden. Wir wollen, dass die Zusammenhänge zwischen den Morden in Hanau mit den allgegenwärtigen rassistischen Aussagen und Handlungen diverser Politiker*innen, Polizeipräsident*innen und Medienvertreter*innen klar sind. Wir schließen uns den Überlebenden in ihren Forde-*

rungen nach Aufklärung, Gerechtigkeit und Konsequenzen an. Wir wollen, dass die Spirale aus Stigmatisierung und Entrechtung endet. Wir wollen, dass Grundrechte für alle gleichermaßen gelten. Und wir meinen, wir haben in dem Buch sehr ausführlich und nachvollziehbar erklärt, warum wir all das fordern können und müssen.

■ Michèle Winkler

GRUNDRECHTE KOMITEE.de

Komitee für Grundrechte
und Demokratie e.V.

Aquinostraße 7-11 | 50670 Köln
Telefon 0221 97269 -30

info@grundrechtekomitee.de
www.grundrechtekomitee.de

IBAN DE76 5086 3513 0008 0246 18

BIC GENODE51MIC

🐦 @grundrechte1

Redaktion Britta Rabe, Michèle Winkler

Namentlich gekennzeichnete Texte geben nicht notwendigerweise die Position des gesamten Grundrechtekomitees wieder.

Layout www.boographics.de

DATENSCHUTZ

Zum Datenschutz gemäß der EU-Datenschutzgrundverordnung: Wir halten gerne mit Ihnen Kontakt: Ihre Daten (Postanschrift) haben wir ausschließlich gespeichert, um Ihnen unseren Newsletter (ggf. Spendenbescheinigungen) zu zusenden. Es ist selbstverständlich, dass wir Ihre Daten nicht weitergeben werden. Sie können jederzeit Ihre Einwilligung, den Newsletter von uns zu erhalten, über die Anschrift und Kontaktdaten der Geschäftsstelle widerrufen und die Löschung Ihrer Adressdaten verlangen. Ebenso erteilen wir Ihnen jederzeit Auskunft, welche Daten wir von Ihnen gespeichert haben.